

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red flow from the left side of the page towards the center, framing the main title and the GEW logo below it.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned to the right of the horizontal lines.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

1.2 Für eine bessere Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens

Die Ausgangslage

Die GEW stellt erneut fest, dass eine zureichende Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens in Deutschland eine zwingende Voraussetzung für die demokratische, inklusive, soziale und auch wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft in unserem Lande ist.

Diese Voraussetzung ist weiterhin nicht gegeben.

Trotz vieler von den Gewerkschaften erkämpfter Fortschritte sind die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen mit einer Geringschätzung der von ihnen geleisteten Arbeit und mit unzureichenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen konfrontiert.

In den Bildungseinrichtungen aller Bundesländer herrscht Personalknappheit, für die dringend benötigten pädagogischen Fachkräfte wird eine viel zu geringe Ausbildungskapazität vorgehalten und der Anteil des für die pädagogischen Berufe nicht ausgebildeten Personals steigt. Dies ist Folge einer neoliberalen Ausrichtung der Steuer- und Finanzpolitik sowie falschen Prioritätensetzungen in den öffentlichen Haushalten. Mit dieser Politik ist die sozialstaatliche Handlungsfähigkeit immer mehr eingeschränkt worden.

Von dem auf dem Dresdner Bildungsgipfel (2008) von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder abgegebenen Versprechen, bis 2015 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bildung und 3 Prozent für die Forschung aufzubringen, sind wir weit entfernt.

Die von der Max-Traeger-Stiftung geförderten Studien zur Bildungsfinanzierung von Roman Jaich (2015) und Henrik Piltz (2011) belegen, dass Bund, Länder und Kommunen zusammen rund 55 bis 60 Milliarden Euro jährlich mehr ausgeben müssten, damit das Bildungswesen angemessen ausgestattet werden kann. Erst mit so gestiegenen Aufwendungen für das Bildungswesen würde Deutschland wenigstens das Mittelfeld der Länder in der OECD, bei weitem aber noch nicht die Spitzengruppe erreichen.

In diesen Zahlen sind die Kosten für die berechtigten Tarif- und Besoldungsforderungen nicht enthalten.

Hinzu kommen die Kosten für die über Jahrzehnte verschleppte bauliche Sanierung und den Umbau/Neubau der Gebäude im Bildungsbereich. Die KfW-Bankengruppe hat im September 2016 festgestellt, dass es allein für Schulgebäude einen Investitionsstau von 34 Milliarden Euro gibt. Dazu kommen entsprechende Kosten für

Gebäudeinvestitionen bei Kindertagesstätten und Hochschulen – die vom Bund zu bezahlenden Kompensationsmittel für die aus dem Grundgesetz gestrichene Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau werden 2019 entfallen.

Die steuergesetzlichen Grundlagen und die Haushaltsbeschlüsse der letzten Jahre lassen keine grundsätzliche Kehrtwende in Richtung einer notwendigen, nachhaltigen und deutlich besseren finanziellen Ausstattung von Ländern und Kommunen erkennen. Verstärkte Ausgaben für die Bildung und Investitionen in die Infrastruktur sind so kaum möglich. „Die Politik“ versteckt sich nach wie vor hinter der „Schuldenbremse“, dem Kooperationsverbot und anderen angeblich fiskalischen Notwendigkeiten. Zwar sind die Bildungsausgaben nominal gestiegen, sie halten aber mit den zusätzlichen Aufgaben und Bedarfen nicht Schritt.

Die Politik der „schwarzen Null“ sowie der Schuldenbremse in Bund und Ländern und der damit zusammenhängende Schuldenabbau erweist sich faktisch als größte Finanzierungskonkurrenz für die erforderliche Verbesserung des Bildungswesens. Das ist kurzsichtig, weil es die weithin anerkannte „goldene Regel“ der Finanzwissenschaft vernachlässigt, nach der Zukunftsinvestitionen (z. B. der Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen) in Höhe der Nettoinvestitionsquote auch über Verschuldung finanziert werden können.

Die Folgen

Die bestehende chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens hat zur Folge, dass

- die Anforderungen an die Beschäftigten im Bildungsbereich und damit die Belastungen in unzumutbarer Weise anwachsen,
- unzureichende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, zu große Arbeitsbelastung und zu lange Arbeitszeiten, nicht aufgabenadäquate Bezahlung sowie prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse in allen Bildungsbereichen zunehmen,
- qualitativ und quantitativ unzureichende Bildungsangebote vorherrschen, die den Erwartungen der Bildungsteilnehmer*innen und ihrem Recht auf gute Bildung in aller Regel nicht entsprechen,
- die Qualität der Lehr- und Lernprozesse nicht in der notwendigen Weise verbessert werden kann,
- die Professionen im Bildungsbereich eine kontinuierliche Abwertung erfahren und
- die Privatisierungstendenz im Bildungsbereich zunimmt.

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Die Aufgabe der GEW

Die Verbesserung der Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der von Ländern und Kommunen, ist eine grundlegende Bedingung für eine sozialstaatliche öffentliche Daseinsvorsorge.

Als eine ihrer grundlegenden Aufgaben engagiert sich die GEW verstärkt für die bessere Finanzierung eines umfassenden staatlichen Bildungsangebots.

Bessere Bildung in Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Einkommens- und der sonstigen Rahmenbedingungen in allen Bildungseinrichtungen können nur erreicht werden, wenn Bund, Länder und Kommunen erheblich mehr Geld für Bildung aufwenden. Aktuelle Herausforderungen wie z. B. die Inklusion, der Ganztagschulen und -kindertagesstätten, die Integration der geflüchteten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die Gestaltung des Bildungsprozesses in einer Migrationsgesellschaft und die Sanierung maroder Bildungseinrichtungen erfordern eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen des pädagogischen Personals in allen Bildungseinrichtungen. Dies ist nur durch eine Erhöhung der Bildungsausgaben zu gewährleisten.

Insbesondere die Kommunen brauchen ferner eine Unterstützung im Aufbau der erforderlichen Personalkapazität, um eigenständig im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung die Planung, Durchführung und Kontrolle der Infrastrukturmaßnahmen vor Ort vornehmen zu können. Diese Kapazitäten wurden in der Vergangenheit im Rahmen des New Public Managements abgebaut, was sich nun als Investitionshindernis erweist. Dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung folgend müssen die Entscheidungs- und Durchführungsbefugnisse im unmittelbaren kommunalen Verwaltungs- und Politikkontext bleiben.

Die Maßnahmen der GEW

Als eine ihrer grundlegenden Aufgaben mischt sich die GEW in den kommenden Jahren verstärkt in die Auseinandersetzung um eine zukunftsfähige Steuer- und Finanzpolitik ein, die für soziale Gerechtigkeit sorgt und die Voraussetzungen für die dringend notwendige Steigerung der Ausgaben für die Bildung und für Investitionen in die Infrastruktur schafft.

Dazu ergreift die GEW folgende Maßnahmen:

1. Die GEW macht deutlich, dass eine grundsätzliche Steuerreform sowie eine Abkehr von der Austeritätspolitik, von der seit Jahrzehnten andauernden Steuerentlastung von hohen Einkommen, Vermögen und

einbehaltenen Gewinnen notwendig sind, um damit die Umverteilung von Unten nach Oben zu beenden. Auf diese Weise kann im Sinne des demokratischen Sozialstaates die chronische Unterfinanzierung der Bildung überwunden werden. Mit ihrem im März 2016 aktualisierten Steuerkonzept hat die GEW Wege für eine veränderte Steuerpolitik aufgezeigt.

2. Die GEW arbeitet mit allen sozial engagierten und fortschrittlichen Kräften zusammen, die sich für eine bessere Finanzierung der Bildung sowie für mehr Geld für Bund, Länder und Kommunen einsetzen. Sie beteiligt sich an gesellschaftlichen Bündnissen, die das Ziel verfolgen, die öffentlichen Finanzen und damit alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken. Diese Bündnisse sollen gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen in Bund, Ländern und Kommunen gesellschaftlichen Druck entfalten.
3. Die GEW thematisiert im DGB auf allen Ebenen die „Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ und die „Verbesserung der Bildungsfinanzierung“ und wirbt für die Unterstützung dieser Position sowie für entsprechende Beschlüsse und politische Einflussnahme.
4. Die GEW hat im Jahr 2016 die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ gestartet. Ziel dieser Initiative ist, durch die enge und koordinierte Zusammenarbeit von Hauptvorstand und Landesverbänden sowie durch die Aktivierung der Mitglieder gesellschaftlichen Druck für eine bessere Bildungsfinanzierung zu erreichen. Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ ist es bereits gelungen, das Ziel einer Verbesserung der Bildungsfinanzierung in der Organisation zu verankern. Die Durchsetzung einer deutlich verbesserten Bildungsfinanzierung steht noch aus. Die GEW wird sich daher über 2017 hinaus für einen Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik und eine bessere Bildungsfinanzierung einsetzen. Der Gewerkschaftstag beauftragt den Hauptvorstand mit der Auswertung der bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ und entwickelt eine Perspektive für die weitere politische Arbeit.
5. Die GEW stellt Anforderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen der in den Bildungseinrichtungen Beschäftigten anschaulich dar und begründet die jeweils erforderlichen Finanzbedarfe.
6. Die GEW aktiviert durch vielfältige Maßnahmen auf allen Ebenen ihre Mitglieder, damit die notwendige Verbesserung der Bildungsfinanzierung flächendeckend ein Thema wird, bei dem die Politiker*innen nicht mehr nur mit Sonntagsreden antworten können.

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

7. Damit die GEW die Verbesserung der Bildungsfinanzierung erfolgreich umsetzen kann, fordert der Gewerkschaftstag den Hauptvorstand auf, nach einer Entscheidung für eine Fortsetzung der Initiative hierfür die nötigen personellen und sachlichen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Die GEW-Landesverbände werden aufgefordert, in ihren Zuständigkeitsbereichen ebenfalls für eine angemessene Ausstattung zu sorgen.
8. Beim Hauptvorstand wird einmal jährlich ein Tagesordnungspunkt vorgesehen, bei dem über den Fortschritt bei der Durchsetzung einer verbesserten Bildungsfinanzierung – absolute Zahlen und Entwicklung der GEW – berichtet wird.

Forderungen an die Politik

Die GEW fordert die zukünftige Bundesregierung, die Landesregierungen und die politischen Parteien zu einem umfassenden Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik sowie einer deutlichen Steigerung der Ausgaben für die Bildung und für Investitionen in die Infrastruktur auf.

Ein wichtiger Schritt ist die Umsetzung des beim Dresdner Bildungsgipfel (2008) abgegebenen Versprechens, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bildung und 3 Prozent für die Forschung aufzubringen.

Die GEW ist grundsätzlich bereit, sich an der Erarbeitung eines Stufenplans für die Erhöhung der Bildungsausgaben für ein den gegenwärtigen Erfordernissen gerecht werdendes sowie zukunftsfähiges Bildungssystem zu beteiligen, wenn die Bestandteile des Stufenplans in einem Dialog und konsensual mit der GEW entwickelt werden.